

V0949/24

öffentlich

Gemeinschaftsantrag

Stadtratsfraktionen GRÜNE, SPD und UWG

Stadtratsgruppen ÖDP und DIE LINKE Die Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprecher

Anschrift Absender

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 06.12.2024

Telefon
Telefax
E-Mail

Öffentliche Distanzierung von Wilhelm Reissmüller – Konsequenzen aus den neuesten Erkenntnissen zu seiner NS-Belastung -Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, UWG und der Stadtratsgruppen ödp und DIE LINKE vom 06.12.2024-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie der Journalist Thomas Schuler für einen Beitrag in der Reihe „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer“, Band 17 (Hrsg. Dr. Wolfgang Proske) recherchieren konnte, ist die NS-Belastung Wilhelm Reissmüllers massiver als bisher bekannt: Seine Studienkarte und seine Promotionsakte (UAM, O-Npr 1936/1937 Reissmüller, Wilhelm) belegen Reissmüllers Eintritt beim NS-Studentenbund (NSDStB) im Mai 1933, im April desselben Jahres war er den Quellen zufolge bereits der Sturmabteilung (SA), im Oktober 1933 der Schutzstaffel (SS) beigetreten. Der renommierte Historiker Daniel Siemens, u.a. Autor des Standardwerkes „Sturmabteilung: Die Geschichte der SA“, kommentierte Reissmüllers selbst verfassten Lebenslauf und dessen frühen Beitritt zu NS-Organisationen mit: „Mehr Nazi geht nicht mit 22 Jahren.“ (Quelle: „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer“, Band 17, Beitrag von Thomas Schuler, S. 287)

1935/36 war Reissmüller Gaupresseamtsleiter des NSDStB. 1937 wurde er Betriebsleiter und Verlagsleiter des „Donauboten“ – einer NS-Propagandazeitung, in welcher gleichermaßen wie im „Stürmer“ gegen Jüdinnen und Juden, so genannte „Erbkranke“, Sinti und Roma und alle weiteren im Nationalsozialismus verfolgten Gruppen auf menschenverachtende Weise gehetzt wurde. Eine redaktionelle Verantwortung beim „Donauboten“ leugnete Reissmüller nach 1945 vehement. Allerdings hatte er selbst 1936 gegenüber dem Promotionsausschuss angegeben, dort „redaktionell verantwortlich“ zu sein.

Bis zu seinem Ableben im Jahr 1993 gehörte Wilhelm Reissmüller zu den einflussreichsten Persönlichkeiten unserer Stadt. Dazu passte auch Reissmüllers Engagement im sozialen und kulturellen Bereich durch Spenden und Stiftungen. Seine NS-Vergangenheit hat er zeit-lebens nicht nur verschwiegen und geleugnet, er klagte sogar mehrfach gegen die Behauptung, er sei Mitglied der NSDAP gewesen, obwohl er selbst im Meldebogen seines Entnazifizierungsbogens angegeben hatte, ab 1937 Mitglied gewesen zu sein. Das Bundesverfassungsgericht beschloss schließlich 1987, die Beschwerde Reissmüllers nicht anzunehmen. Bereits 1985 hatte das Landgericht München geurteilt, dass er sich die Berichterstattung und somit den Vorwurf der Parteimitgliedschaft gefallen lassen müsse.

Die Recherchen von Thomas Schuler sorgten in den vergangenen Wochen für große Aufmerksamkeit. Der Donaukurier und die Süddeutsche Zeitung berichteten. Wie die Süddeutsche Zeitung zudem am 05.11.2024 bekannt gab, hat der Donaukurier bereits reagiert und das großformatige Porträt des ehemaligen langjährigen Herausgebers Wilhelm Reissmüller aus dem Flur der Redaktion in den Keller verbannt.

Sobald neue Erkenntnisse zu einer NS-Belastung von ehemals als Ehrenbürger ausgezeichneten Personen vorliegen, müssen zeitnah politische Konsequenzen erfolgen. Juristisch erlischt die Ehrenbürgerwürde mit dem Tod. Dennoch erscheinen die Namen von Ehrenbürgern einer Stadt auf Internetportalen oder in Publikationen. Dadurch gelten diese Persönlichkeiten in der öffentlichen Wahrnehmung nach wie vor als dieser Ehrung würdig. Zumindest, solange keine öffentliche Distanzierung durch den Stadtrat vorgenommen und dies an entsprechenden Stellen gekennzeichnet wurde. Die symbolische Aberkennung einer Ehrenbürgerwürde hat außerdem einen hohen ethischen Wert: Mit einer faktenbasierten Neubewertung der NS-Belastung eines ehemaligen Ehrenbürgers zeigt eine Stadt, dass sie das viel beschworene „Nie wieder!“ ernst nimmt.

Wie nichtstädtische betroffene Institutionen und Vereine in Ingolstadt mit der jetzt zweifelsfrei dokumentierten NS-Vergangenheit des Namensgebers etwa für Preise oder Teilbereiche ihrer Einrichtungen umgehen, liegt nicht unmittelbar in politischer Hand und ist nicht Aufgabe des Stadtrats. Dennoch begreifen wir die Umbenennung in diesen Bereichen als eine stadtesellschaftliche Aufgabe, die von den politischen Gremien der Stadt Unterstützung erwarten kann.

Wir beantragen daher:

1. Die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde für Dr. Wilhelm Reissmüller.
2. Die Umbenennung der „Stiftung Dr. Reissmüller – Städtepartnerschaft Ingolstadt-Carrara“ bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Stiftungsarbeit und des Stiftungszwecks.
3. Die kulturellen und karitativen Vereine und Einrichtungen, die in irgendeiner Weise eine Verbindung zur Person Dr. Reissmüller haben, werden aktiv von der Stadt in stiftungsrechtlichen Fragen und bei einer notwendig werdenden Umbenennung begleitet und unterstützt.

Begründung:

zu 1: Gemäß einem Beschluss des Ingolstädter Stadtrates wurde vor kurzem das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) für ein Gutachten zu „Ingolstadt im Nationalsozialismus“ beauftragt. Dieses Gutachten geht weit über die Erforschung der singulären Rolle einzelner Akteure wie Wilhelm Reissmüller hinaus. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ist ein Prozess, der nicht synchronisiert werden kann. Mit politischen Entscheidungen wie einer Aberkennung der

Ehrenbürgerwürde für Wilhelm Reissmüller abzuwarten, bis in mindestens drei Jahren die Ergebnisse des Gutachtens vorliegen, lässt sich nicht rechtfertigen: Die Faktenlage zur NS-Belastung von Wilhelm Reissmüller ist mittlerweile eindeutig und erfordert zeitnahes Handeln. Mindestens ebenso wichtig wie der formale Akt der Aberkennung ist der weitere Diskurs über regionale Täterschaft und die öffentliche Auseinandersetzung mit den Biografien von Ingolstädter NS-Opfern und NS-Tätern sowie Mitverantwortlichen. Deshalb ist das Gutachten durch das IfZ nach wie vor und unabhängig von einer möglichen politischen Entscheidung zur Aberkennung von Ehrenbürgerwürden elementar wichtig für unsere Stadt.

Zu 2: Angesichts der NS-Vergangenheit von Wilhelm Reissmüller ist es nicht länger vertretbar, dass die Stiftung „Dr. Reissmüller“ zugunsten der partnerschaftlichen Verbindung der Städte Ingolstadt und Carrara weiterhin seinen Namen trägt. Dies kann insbesondere den Studierenden der Bildenden Künste in München und der Accademia di Belle Arti in Carrara nicht länger zugemutet werden, die sich möglicherweise ohne Kenntnis der NS-Belastung des Namensgebers für ein Stipendium bewerben.

Zu 3: Die Tatsache, dass bis heute noch neben der Stiftung (s.o.) eine Wohnstätte in einer sozialen Einrichtung und ein Musikpreis den Namen Reissmüller tragen bzw. mit seinem Namen verbunden sind, zeigt, dass es mit der symbolischen Aberkennung der Ehrenbürgerwürde nicht getan ist. Im Fall der Person Reissmüller wird deutlich, wie noch Jahrzehnte nach 1945 ehemalige Exponenten der NS-Diktatur gesellschaftlich höchstes Ansehen genossen, weil ihre Vergangenheit als Täter, Helfer und Trittbrettfahrer von großen Teilen der Nachkriegsgesellschaft negiert, verdrängt oder gar entschuldigt wurde.

Es ist Zeit, dass mit der symbolischen Aberkennung der Ehrenbürgerwürde auch die namentliche Präsenz Reissmüllers im gesellschaftlichen Leben unserer Stadt ein Ende hat.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Barbara Leininger, Christian Höbusch
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

gez.
Agnes Krumwiede
Stadträtin BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

gez.
Christian De Lapuente
Fraktionsvorsitzender SPD

gez.
Christian Lange
Fraktionsvorsitzender UWG

gez.
Raimund Köstler
Gruppensprecher ÖDP

gez.
Roland Meier
Gruppensprecher DIE LINKE